

Dem ausbeuterischen Lieferkettenmodell, das den Welthandel korrumpiert, muss ein Ende gesetzt werden, und die Staats- und Regierungschefs der G7 können Veränderungen bewirken.

“Die Erfahrung lehrt allerdings auch: So sehr wir uns um Transparenz und Prävention bemühen, wird es immer auch Unternehmen geben, die Absprachen übergehen und Regeln brechen. Daher kommt es auch auf den dritten Punkt an: Wir brauchen Strukturen, die es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erleichtern, Beschwerde einzulegen und ihre Rechte geltend zu machen; und zwar ohne Gefahr laufen zu müssen, dadurch ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das muss man natürlich auch immer im Blick haben.”

Bundeskanzlerin Angela Merkel, 23. März 2015

Arbeit ist keine Handelsware. Dieses Prinzip bildet das Kernstück der Verfassung der ILO, und dennoch wird zugelassen, dass die globalen Netzwerke der Lieferketten, die den internationalen Handel beherrschen, auf dieser Grundlage operieren.

Die G7-Staaten verfügen über Gesetze, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihren eigenen Ländern grundlegende Rechte garantieren. Sie können für eine Gleichbehandlung der Beschäftigten in anderen Ländern sorgen, in denen Unternehmen aus G7-Ländern tätig sind, indem sie dieses Prinzip der Rechtsstaatlichkeit über ihre Grenzen hinaus ausweiten.

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte liefern einen Rahmen dafür, indem sie die jeweilige Verantwortung von Regierungen und Unternehmen klar darlegen: Die Regierungen müssen die Menschenrechte schützen, und die Unternehmen müssen die Menschenrechte achten.

Die Verantwortung eines Unternehmens für die Achtung der Menschenrechte besteht “unabhängig von der Fähigkeit und/oder Bereitschaft der Staaten, ihre eigenen menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und schmälert diese Verpflichtungen nicht.”

Aus den Prinzipien der UN geht eindeutig hervor, dass die Unternehmen die Verantwortung haben, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihren gesamten Geschäftstätigkeiten zu achten, einschließlich Subunternehmern und Zulieferern.

Und wenn das Geschäftsmodell des 21. Jahrhunderts davon ausgeht, dass die Löhne allein vom Markt geregelt werden, dann müssen wir die Unternehmen daran erinnern, dass ein existenzsichernder Lohn ein Menschenrecht ist.

In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 23/3) der Vereinten Nationen heißt es: “Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.” Mit anderen Worten: Existenzsichernde Löhne sind ein grundlegendes Menschenrecht, und die Achtung grundlegender Menschenrechte ist nicht verhandelbar.

Dies spiegelt sich sowohl in der Erklärung der ILO von Philadelphia als auch in ihrer Erklärung über soziale Gerechtigkeit wider.

Die "soziale Verantwortung der Unternehmen" hat versagt. Nur Rechtsstaatlichkeit kann sorgen für:

- Transparenz
- Sorgfaltspflicht in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und Sicherheit
- existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen
- Sozialschutz

Auch unverbindlichen Rechtsinstrumenten kommt eine maßgebliche Rolle zu. Wir fordern die G7-Staaten auf, für eine verbesserte Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu sorgen, indem sie insbesondere einen obligatorischen Peer-Review-Prozess für die Nationalen Kontaktstellen unterstützen und sicherstellen, dass eine Nichteinhaltung Folgen hat, aufbauend auf dem jüngsten Beispiel Kanadas, um die Autorität der Nationalen Kontaktstellen zu stärken. Wir fordern zudem die Unterstützung und Aufwertung der Rolle der ILO, um informeller Beschäftigung und Zwangsarbeit ein Ende zu setzen und das Verhalten der Unternehmen zu überwachen.

Die Staaten sollten sich aber auch ihre eigenen Gesetze ansehen und sicherstellen, dass Rechtsmittel vorhanden sind, wenn unverbindliche Rechtsinstrumente versagen.

Große Wirtschaftsunternehmen sind durch Sponsoren- und Marketingverträge in den aktuellen Korruptions- und Menschenrechtsskandal bei der FIFA verwickelt, die sich selbst über das Gesetz stellt. Ohne durch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verankerte Grundrechte wird die Weltwirtschaft korrumpiert.

Die Menschen wollen, dass die Regierungen handeln. 55 Prozent der vom IGB befragten Menschen in vier G7-Ländern (Frankreich, Deutschland, Großbritannien, USA) sind der Ansicht, dass nicht darauf vertraut werden kann, dass sich globale Unternehmen um ihre Beschäftigten kümmern.

Die G7-Staaten können und müssen Veränderungen bewirken.